



Pressemitteilung vom 21.11.2022

„Haus- und Facharztpraxen langfristig sichern!“

- **Heftige Kritik an aktueller Gesundheitspolitik**
- **Landesdelegierte des Hausärzteverbandes Hessen verabschieden Resolution**

Die Delegiertenversammlung des Hausärzteverbandes Hessen (HÄVH) hat ein Umdenken in der Gesundheitspolitik gefordert. Die bewährte zeitnahe und wohnortnahe ambulante ärztliche Versorgung durch Haus- und Fachärzte sowie die freie Arztwahl müssten gesichert werden, heißt es in einer Resolution, die die 46 anwesenden Delegierten am Wochenende in Wetzlar einstimmig verabschiedet haben.

„Mit Besorgnis nehmen wir wahr, wie sich die medizinische Versorgung in Deutschland seit einigen Jahren immer mehr verschlechtert. Mit der Verabschiedung des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes steht nun die bewährte qualitativ hochwertige ambulante Versorgung der Patientinnen und Patienten auf dem Spiel“, heißt es in der Resolution.

Längere Wartezeiten und Aufnahmestopps

Mit dem neuen Gesetz wurde ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das unter anderem die Streichung der Neupatientenregelung vorsieht. „Die Folge werden längere Wartezeiten und Aufnahmestopps in den Praxen sein“, befürchten die Delegierten des HÄVH. Hinzu kämen die Sparpläne der Krankenkassen, die die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit einer Honorarerhöhung von zwei Prozent abspeisen und in den beiden kommenden Jahren Nullrunden ansetzen wollen. „Die Honorarentwicklung deckt die steigenden Lohn-, Hygiene- und Energiekosten nicht annähernd ab. Wenn die Kosten weiter steigen, werden viele Praxen ihr Angebot reduzieren müssen“, so die Sorge der Delegierten des HÄVH.

„Geplante Gesundheitskioske bedeuten Einbußen der Qualität“

Die geplanten „Gesundheitskioske“, in denen durch nichtärztliches Personal der Zugang in die ärztliche Versorgung gesteuert werden soll, seien „ein Affront gegen die ambulante Medizin“: „Diese Sparmaßnahmen bedeuten erhebliche Einbußen an Qualität und gefährden letztlich die Gesundheit unserer Patientinnen und Patienten. Ein skandinavisches System ist auf ein Land wie Deutschland nicht übertragbar“, erklärt der Vorsitzende des HÄVH, Armin Beck. „Wir fordern daher Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, sein Qualitätsversprechen zu halten und dafür zu sorgen, dass die Arbeit in einer Arztpraxis wieder attraktiv wird – für jüngere Ärzte, die sich niederlassen möchten ebenso wie für medizinische Fachangestellte“, so Beck.

„Komplette Missachtung der ambulanten Versorgung“

Die Kritik der Delegierten richtete sich auch gegen den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz von Anfang November, Krankenhäusern angesichts der hohen Inflation und der stark gestiegenen Energiekosten bis zu acht Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. „Die Verantwortlichen in Berlin haben damit einmal mehr die komplette Missachtung der ambulanten Versorgung manifestiert“, heißt es in der Resolution. Dabei hätten die Niedergelassenen während der Pandemie die Krankenhäuser vor Überlastung geschützt und 90 Prozent der Corona-Patientinnen und -Patienten versorgt.

„Fest steht: Genau wie wir haben die Kolleginnen und Kollegen und das Pflegepersonal in den Krankenhäusern in den vergangenen Jahren sehr hart gearbeitet und Unverzichtbares geleistet. Es ist absolut richtig, dass sie Unterstützung erhalten. Das muss aber auch für uns gelten“, stellt Armin Beck klar.

Die Forderungen der Resolution im Wortlaut

Um für unsere Patientinnen und Patienten langfristig eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung zu sichern, fordern wir:

- weg mit den Gesundheitskiosken! Qualifizierte ärztliche Versorgung darf nicht durch Laienspieler substituiert werden;
- ein strukturiertes Vorgehen gegen den Versorgungsmangel durch Anhebung der Zahl der Medizinstudienplätze;
- eine Digitalisierung, die Praxen ebenso wie Patienten nutzt und die sinn erfüllt und nachhaltig für die Anwender ist;
- zurück zu den Wurzeln! Wir wollen endlich wieder für unsere Patienten da sein und nicht als bürokratische Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen missbraucht werden, deshalb Entbürokratisierung jetzt;
- die Einführung der neuen ärztlichen Gebührenordnung (GOÄ) die seit 1996 nicht verändert wurde.
- eine aktualisierte Anhebung des orientierten Punktwertes (OPW) unter Berücksichtigung der Betriebskosten und des Inflationsausgleichs und damit eine finanzielle Kompensation der gestiegenen Kosten, analog zu den Krankenhäusern.

Pressekontakt:

Gundula Zeitz, Pressereferentin HÄVH, Tel.: 0171 8132671, presse@hausaezte-hessen.de

Wenn Sie künftig keine E-Mails mit Presseinformationen des Hessischen Hausärzterverbandes e. V. (HÄVH) erhalten wollen, schreiben Sie eine kurze Nachricht an presse@hausaezte-hessen.de. Eine Datenschutzerklärung des HÄVH finden Sie unter <https://www.hausaezte-hessen.de/index.php/datenschutzerklaerung>